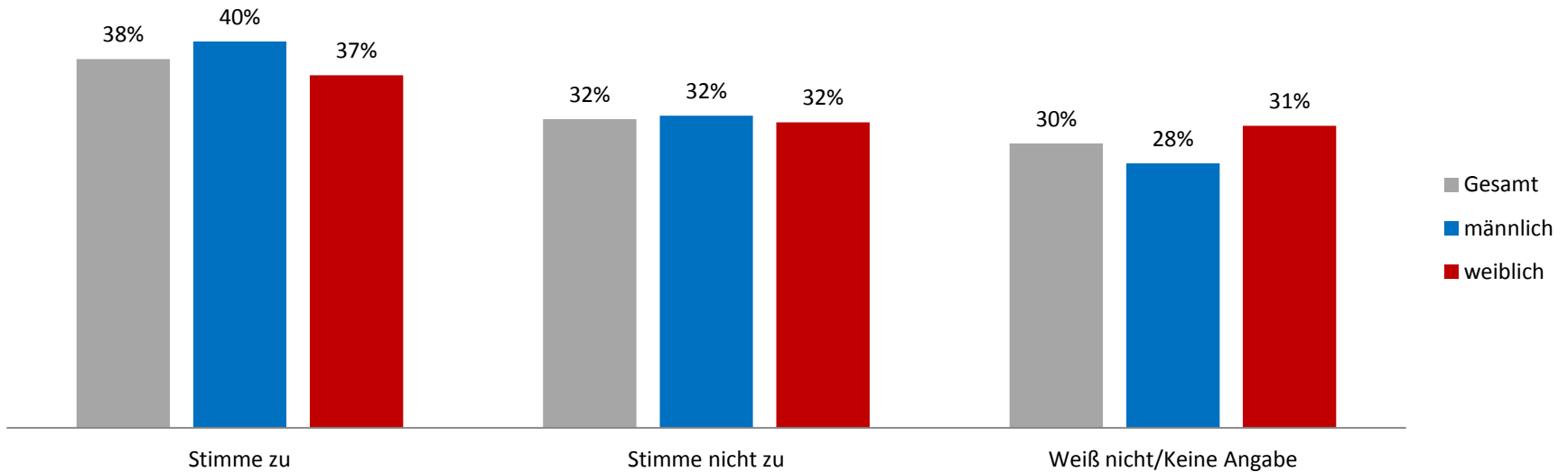


INSA-Meinungstrend

2.148 Befragte

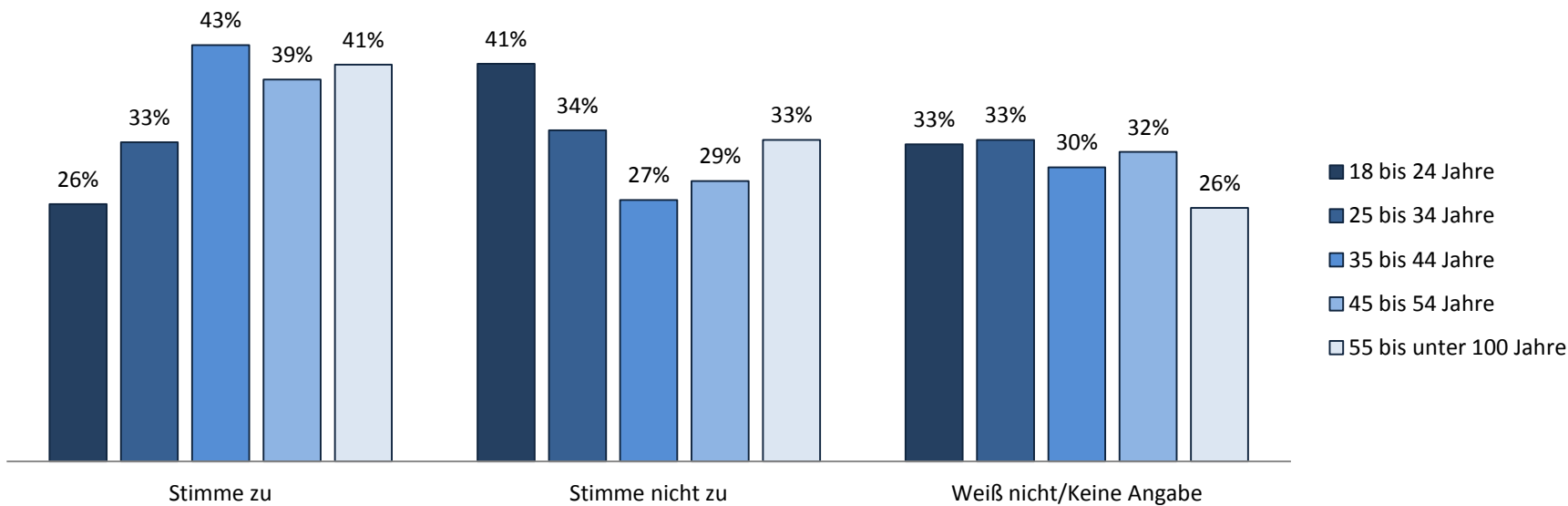
Befragungszeitraum: 01.05.2015 – 04.05.2015





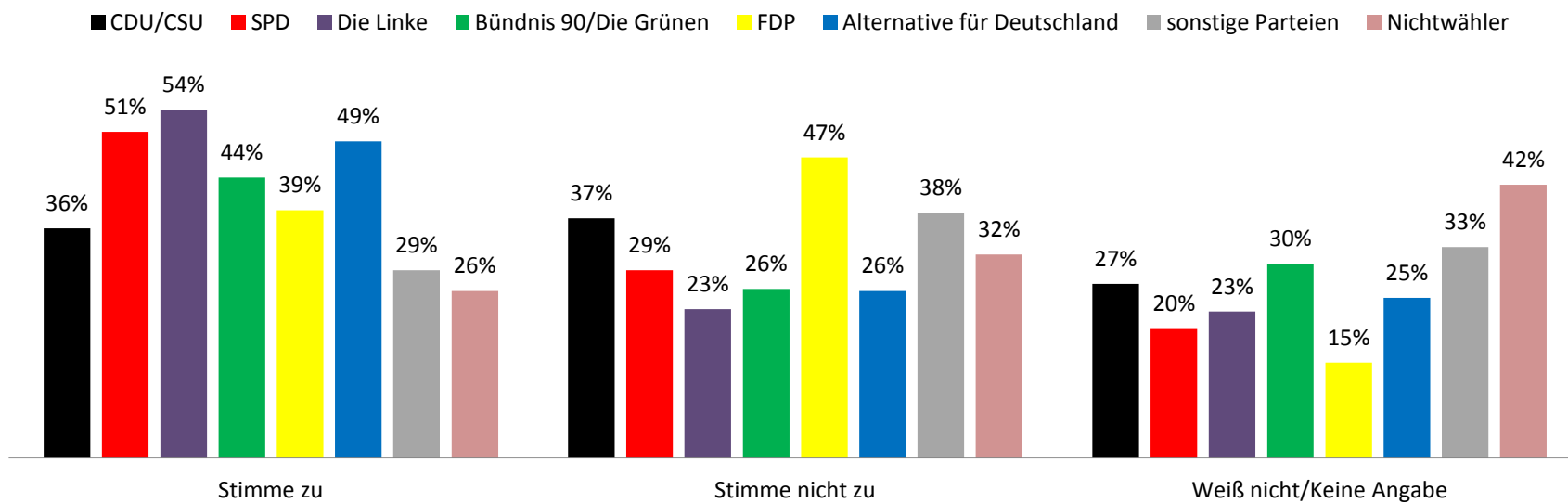
38 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklären sollte.

n = 2.148



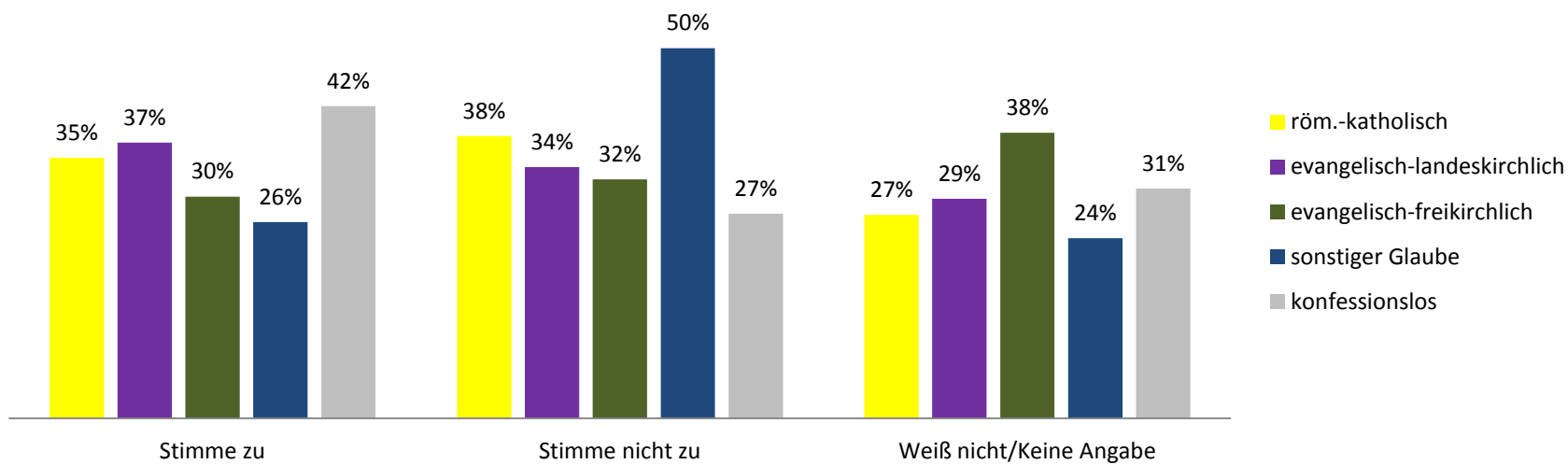
Jüngere Befragte bis 34 Jahre stimmen der Aussage zu, dass das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklären sollte, weniger zu als die älteren Befragten.

n = 2.148



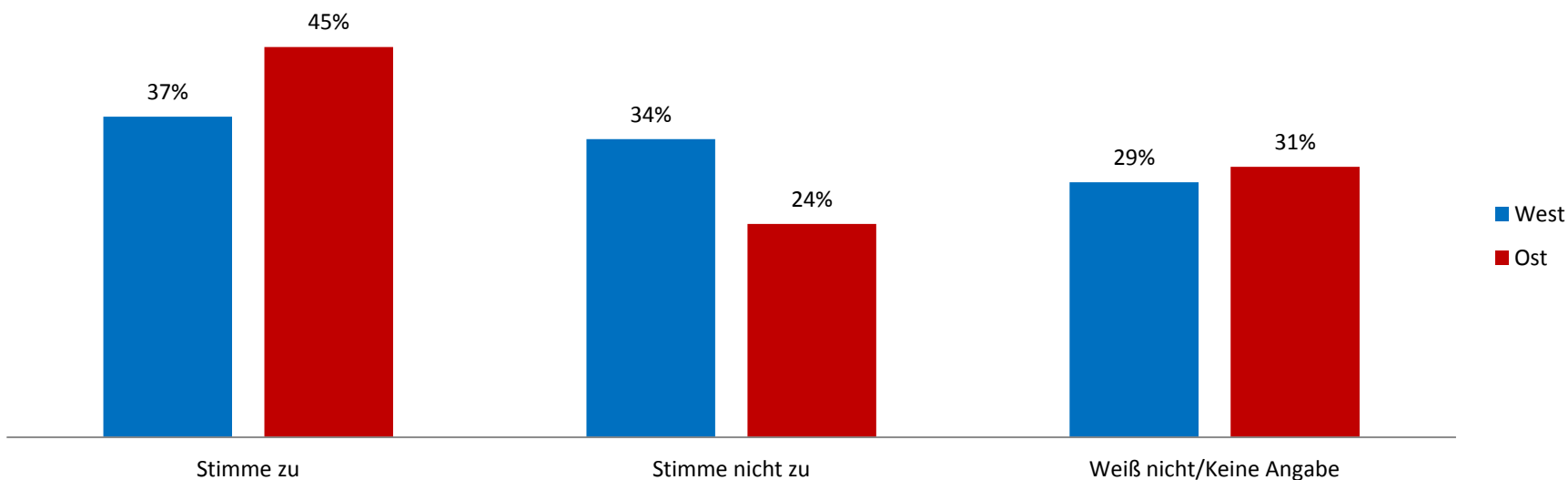
Vor allem Wähler der Linkspartei würden es befürworten (54 %), wenn das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt würde.

n = 2.148



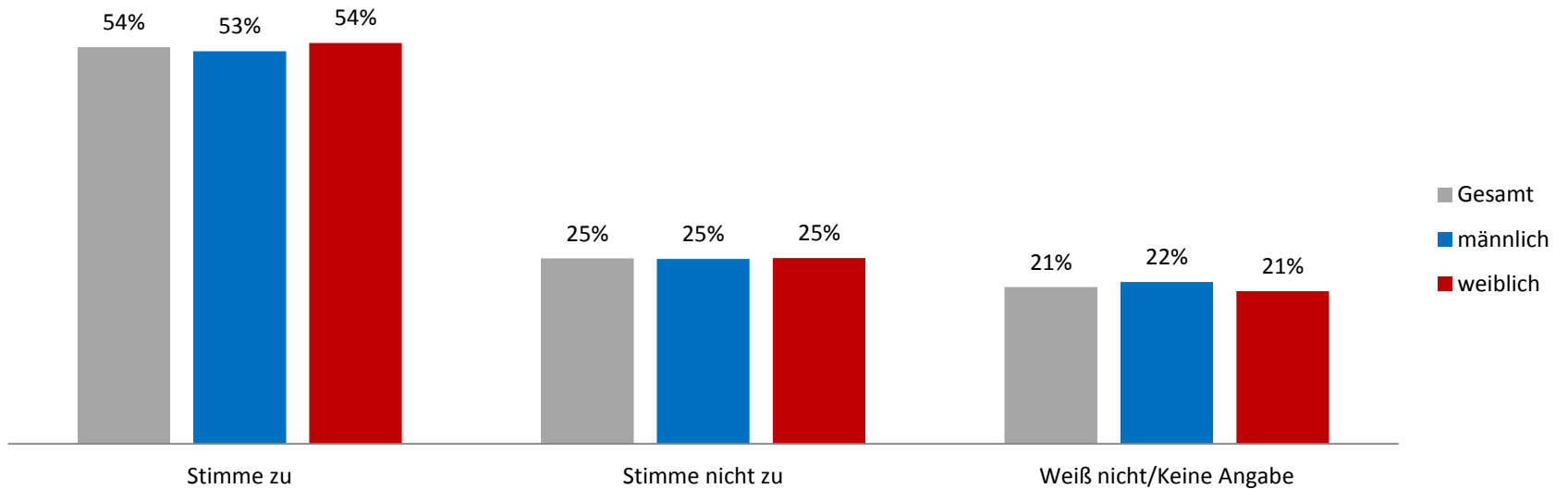
42 Prozent der Befragten ohne Konfession sprechen sich gegen das Betreuungsgeld aus, während vor allem die Mitglieder der katholischen Kirche für eine Beibehaltung plädieren.

n = 2.148



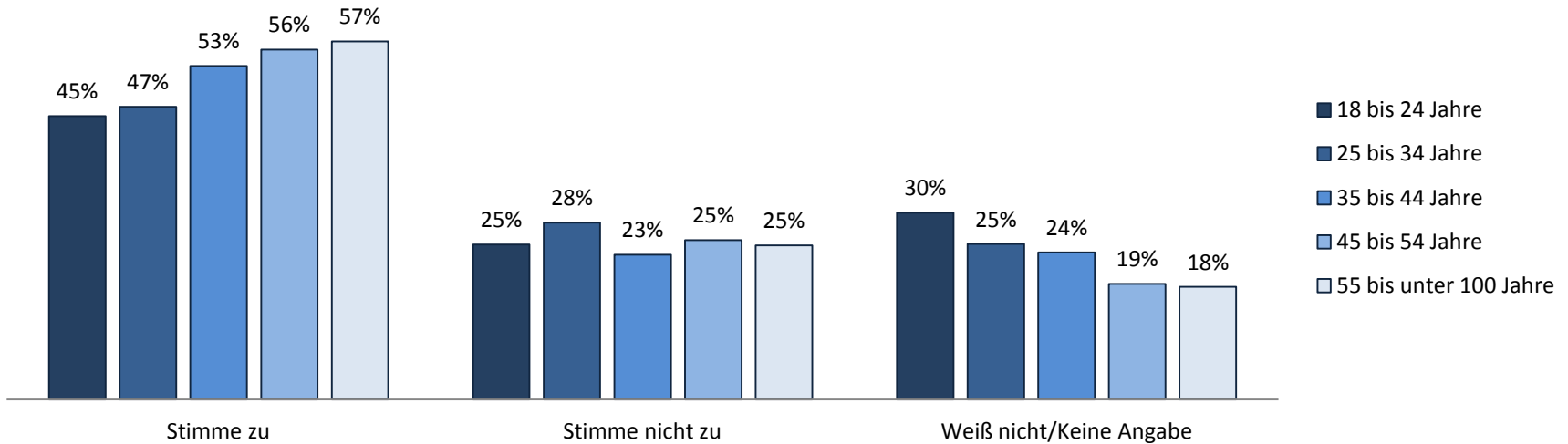
In den neuen Bundesländer stößt das Betreuungsgeld auf deutlich mehr Ablehnung (45%) als in den alten Bundesländern (37 %).

n = 2.148



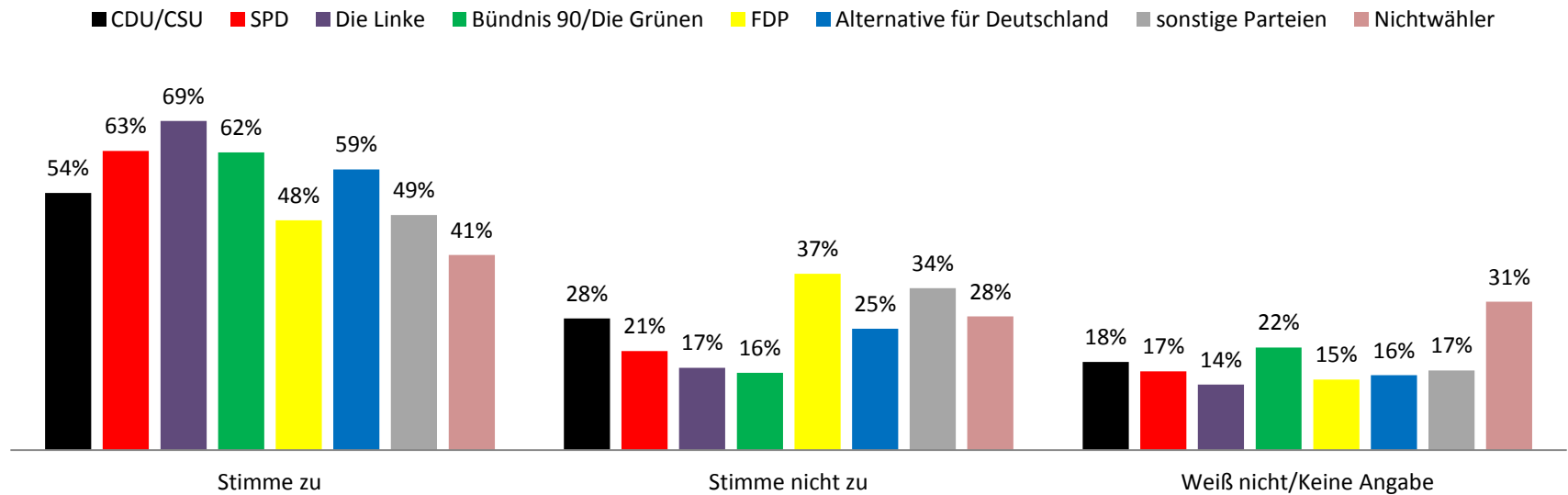
54 Prozent der Befragten wünschen sich statt des Betreuungsgeldes eine Finanzierung anderer familienpolitischer Leistungen.

n = 2.148



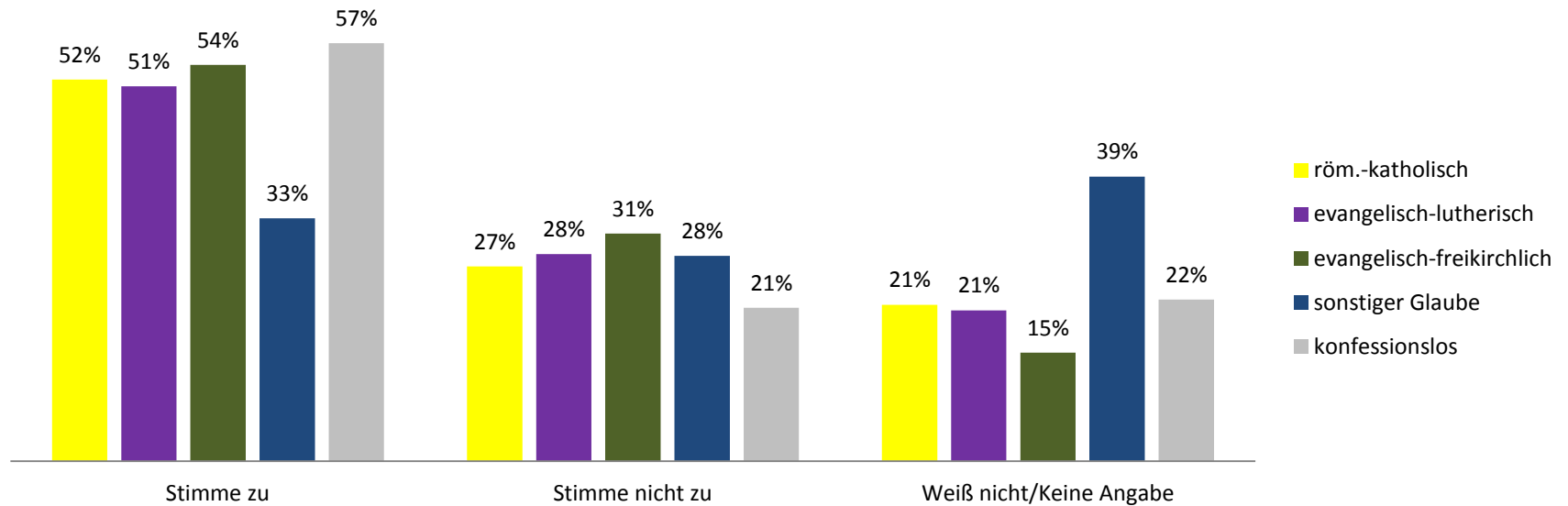
Je älter die Befragten, desto mehr würde man die Finanzierung anderer familienpolitischer Leistungen an Stelle des Betreuungsgeldes bevorzugen.

n = 2.148



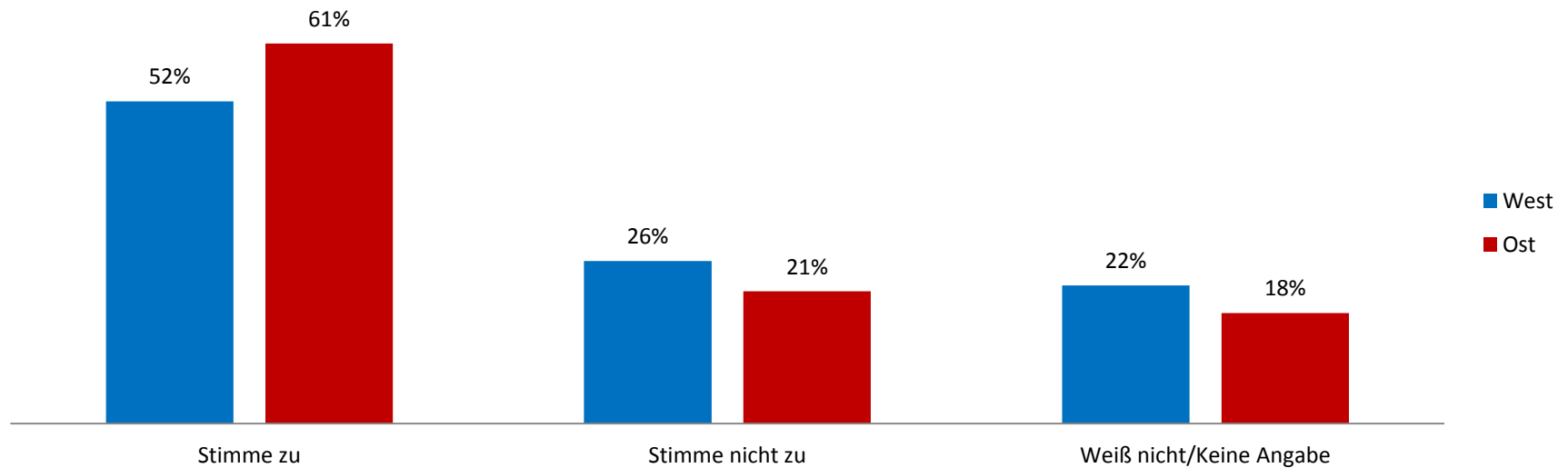
Besonders die Wähler der Linken (69 %) stimmen der Finanzierung anderer familienpolitischer Leistungen an Stelle des Betreuungsgeldes zu.

n = 2.148



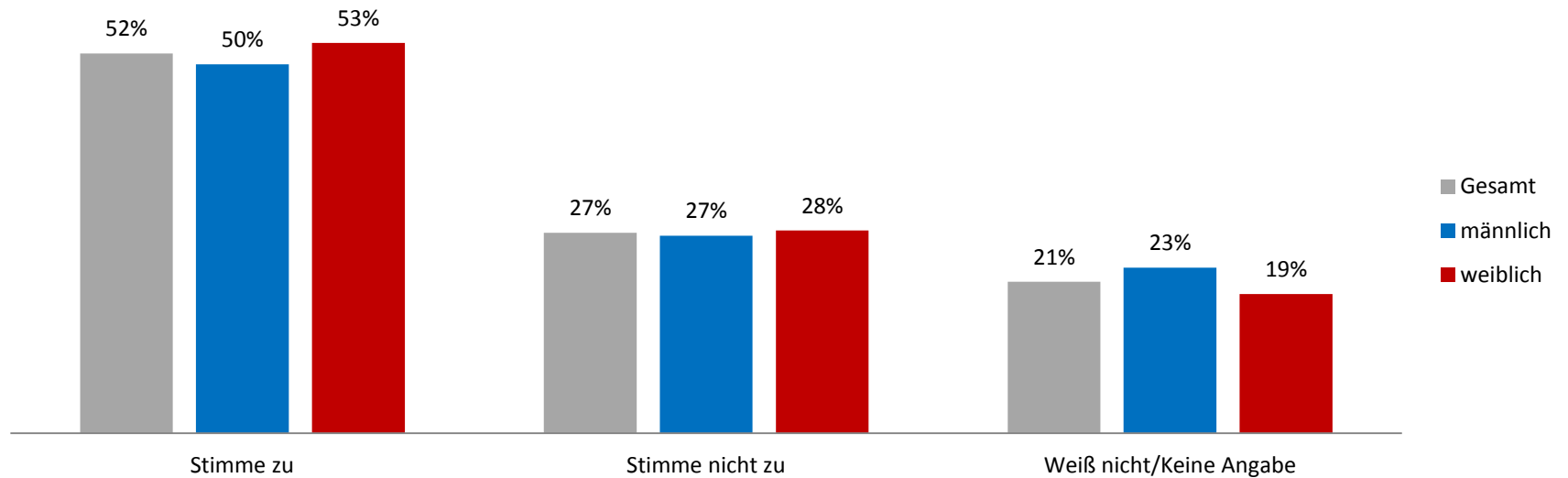
Sowohl die Mitglieder der christlichen Kirchen in Deutschland als auch die Befragten ohne Konfession stimmen mehrheitlich für andere familienpolitische Leistungen an Stelle des Betreuungsgeldes.

n = 2.148



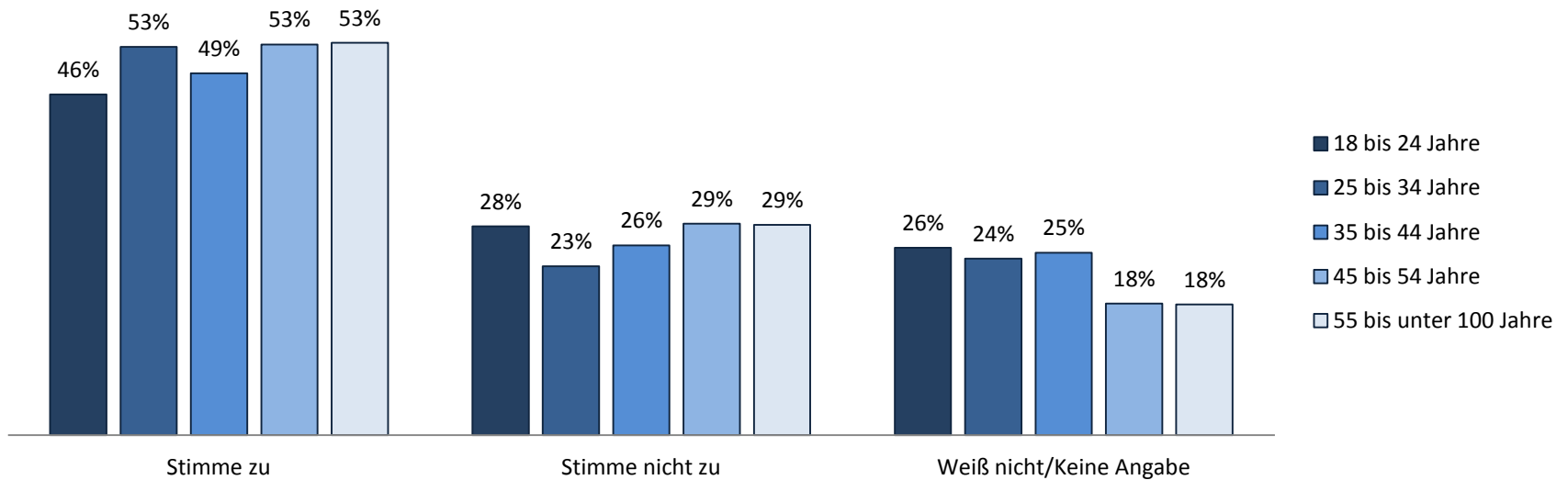
61 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern sind dafür, dass das Betreuungsgeld durch andere familienpolitische Leistungen ersetzt würde. In den alten Bundesländern sind dies knapp 52 Prozent.

n = 2.148



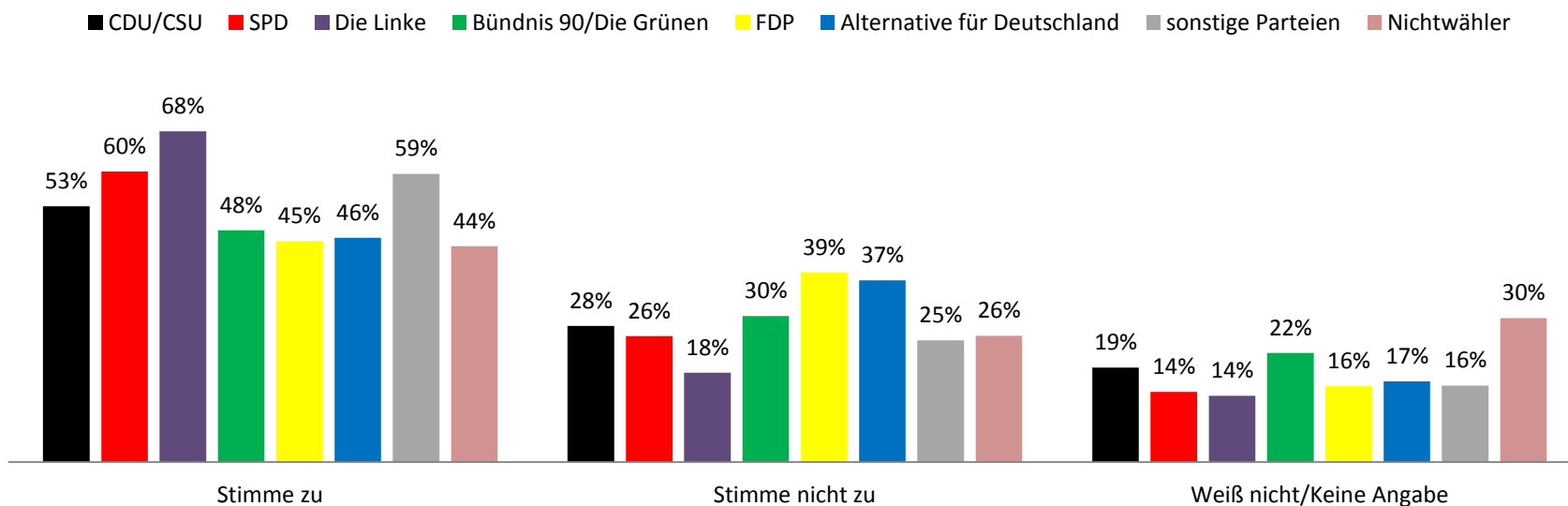
Für eine Ergänzung des Betreuungsgeldes durch andere familienpolitische Leistungen stimmen 52 Prozent der Befragten.

n = 2.148



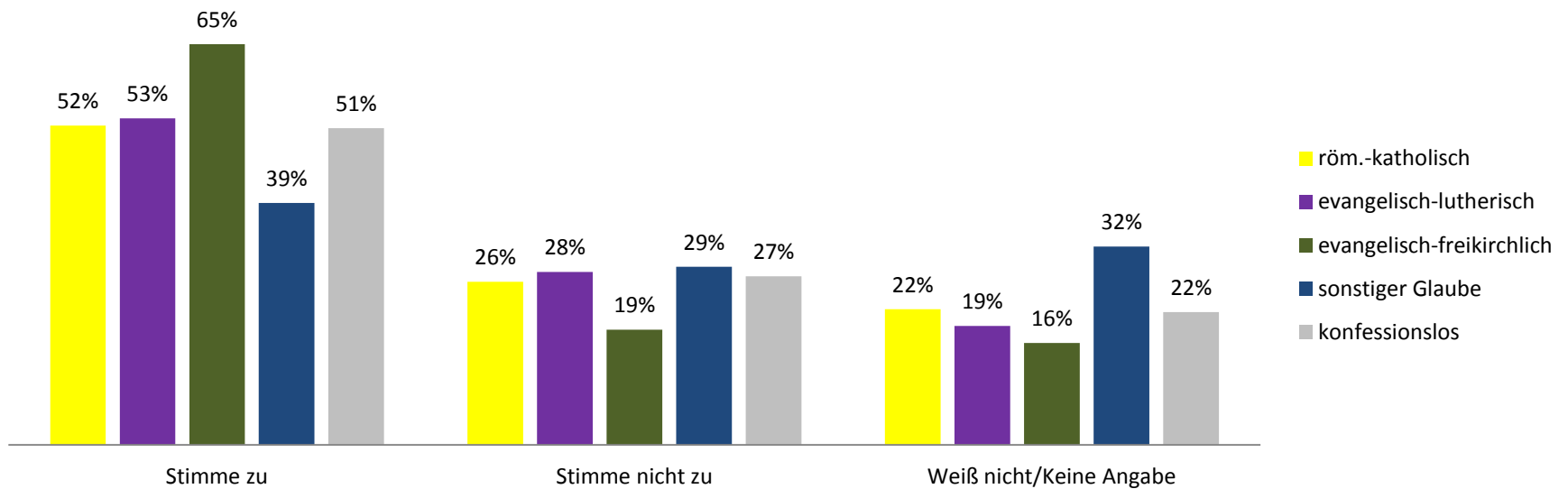
Lediglich die jüngeren Befragten (18 bis 24 Jahre) stimmen einer Ergänzung des Betreuungsgeldes durch andere familienpolitische Leistungen weniger zu.

n = 2.148



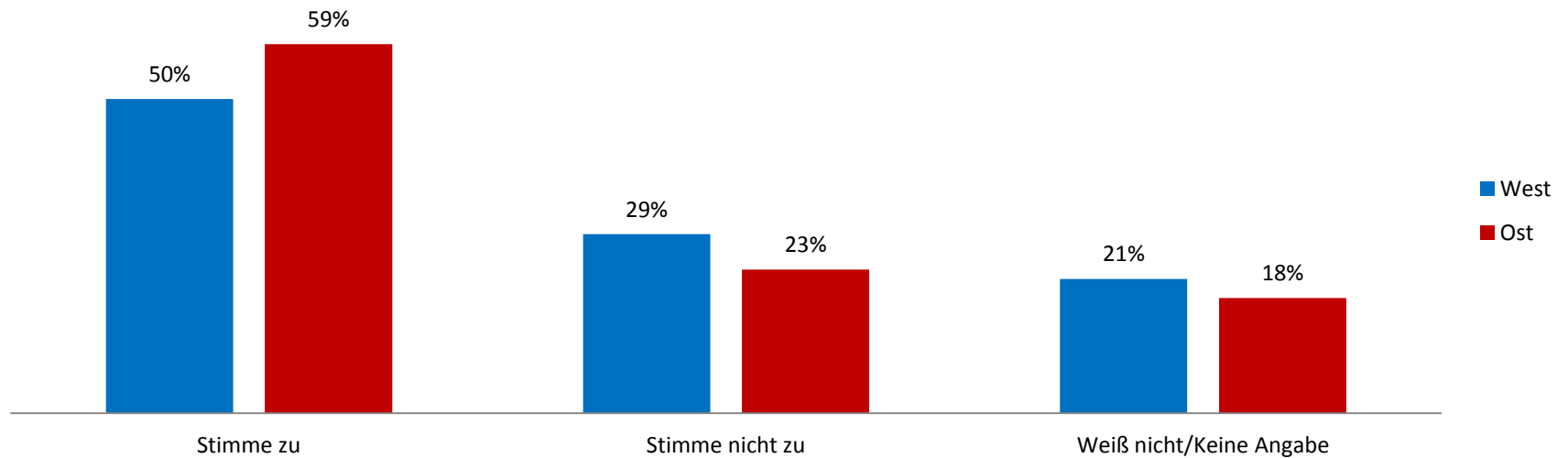
Einer Ergänzung des Betreuungsgeldes durch zusätzliche familienpolitische Leistungen stimmen vor allem die Wähler der Linken zu.

n = 2.148



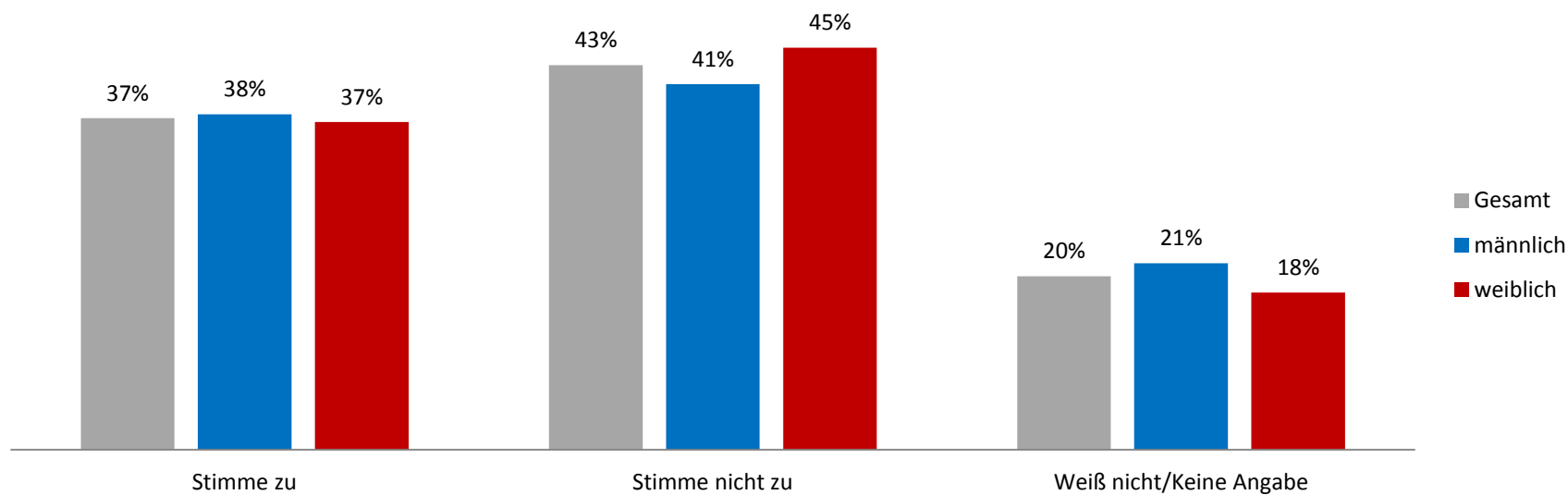
Immerhin 65 Prozent der Mitglieder der evangelisch-freikirchlichen Gemeinden sprechen sich für eine Ergänzung des Betreuungsgeldes durch andere familienpolitische Leistungen aus.

n = 2.148



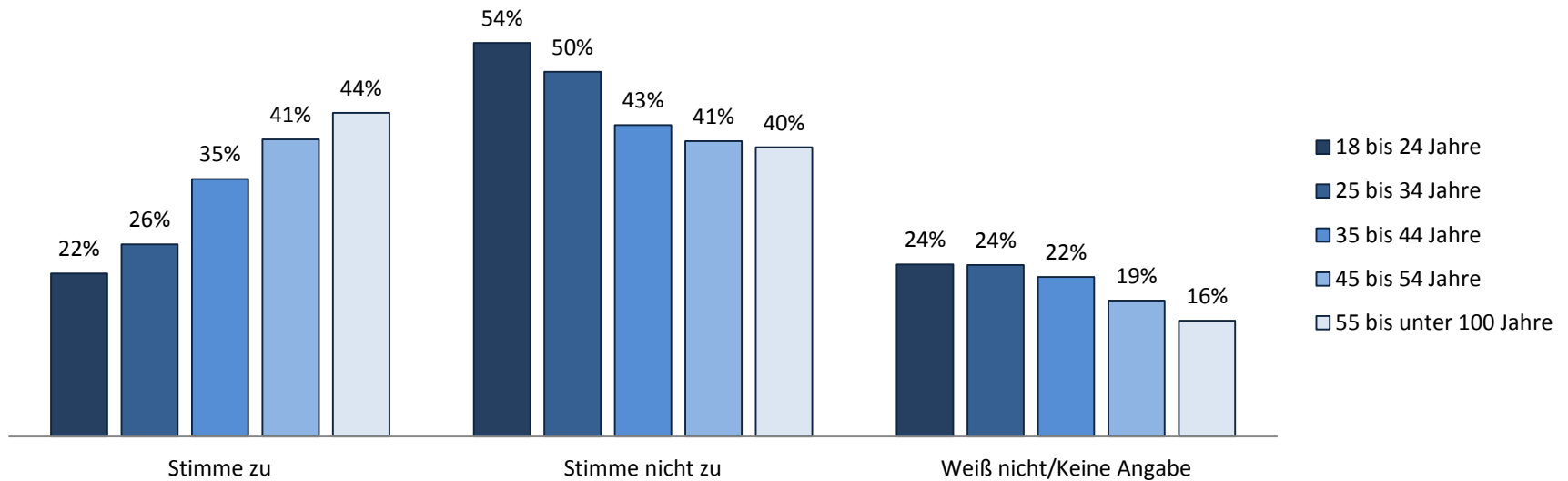
In den neuen Bundesländern stimmen 59 Prozent der Befragten einer Ergänzung des Betreuungsgeldes durch andere familienpolitische Leistungen zu. In den übrigen Bundesländern sind dies nur 50 Prozent.

n = 2.148



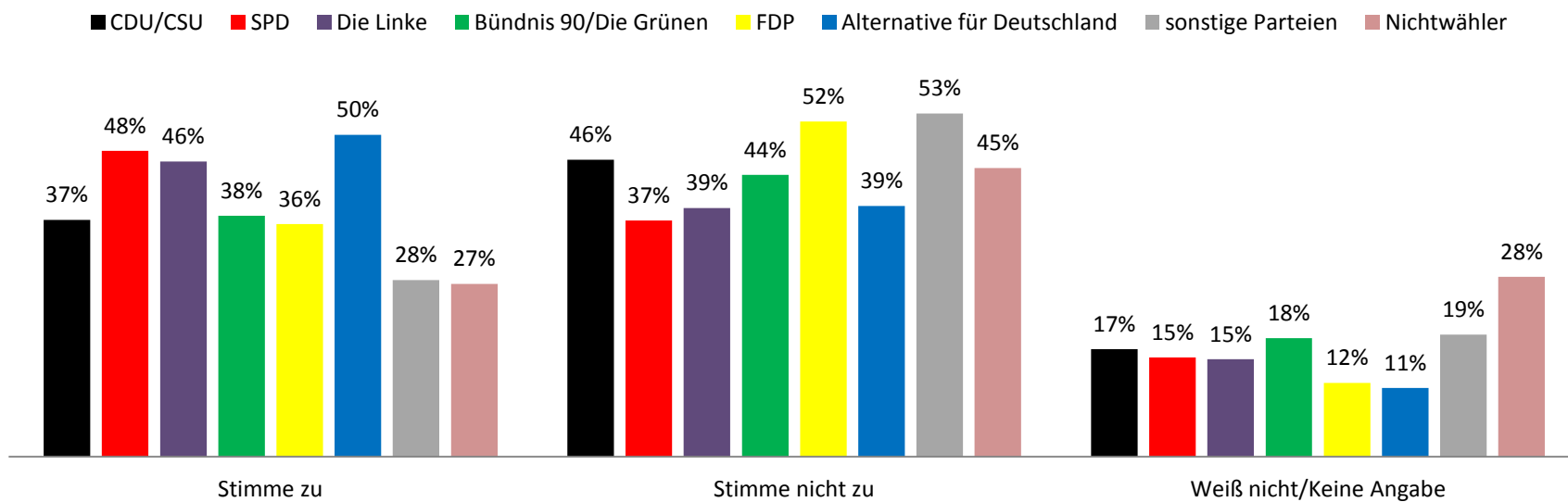
45 % Prozent der Befragten sind gegen eine ersatzlose Streichung des Betreuungsgeldes.

n = 2.148



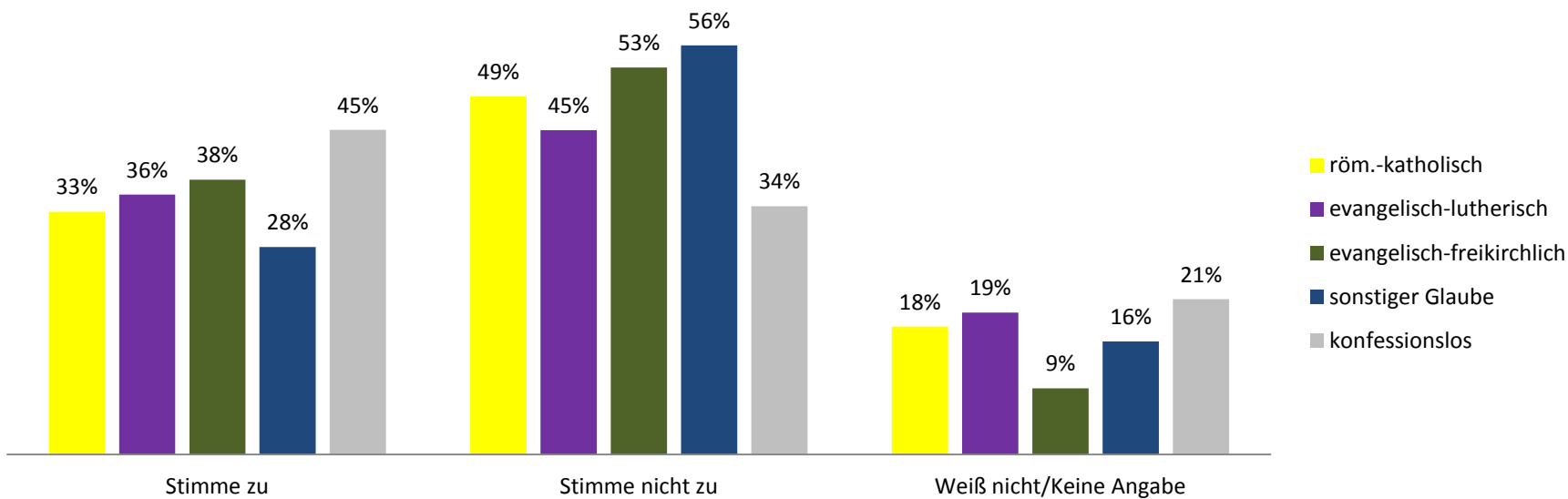
Mit zunehmendem Alter steigt auch die Zustimmung zur einer ersatzlosen Streichung des Betreuungsgeldes.

n = 2.148



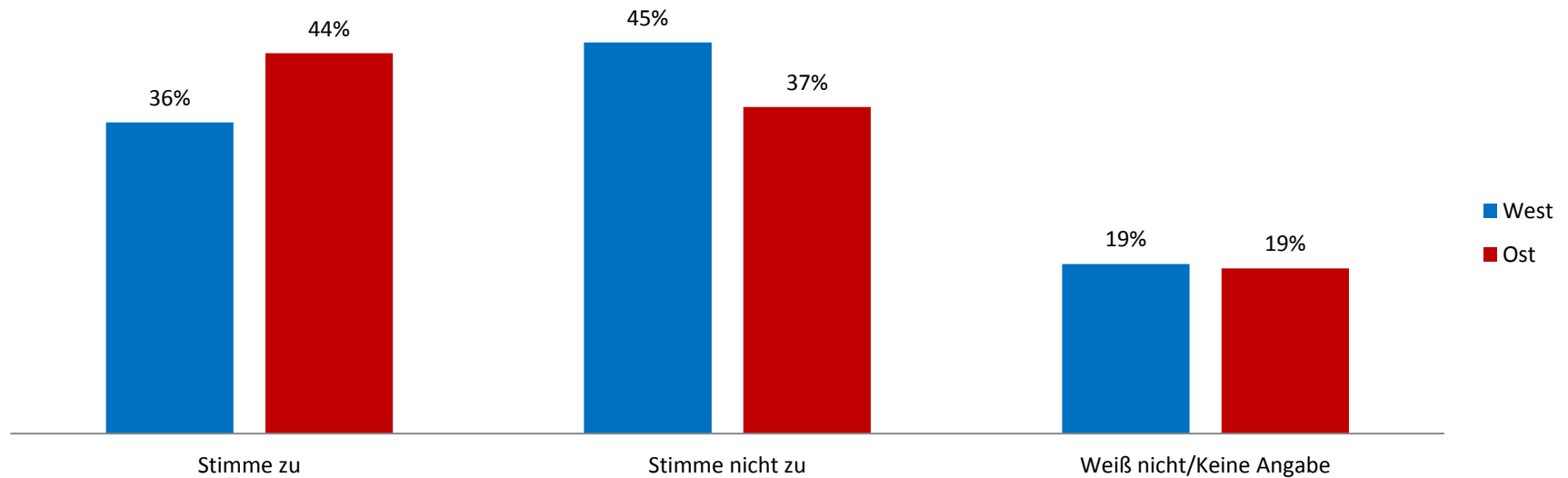
Die Hälfte der Wähler AfD würde einer Streichung des Betreuungsgeldes zustimmen.

n = 2.148



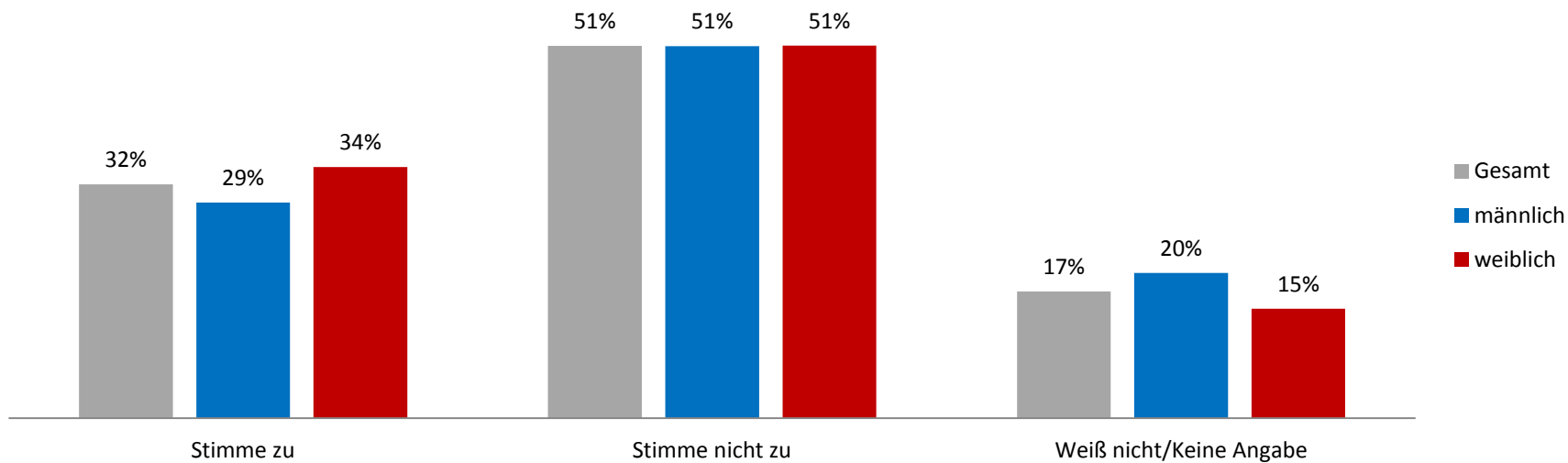
45 Prozent der Befragten ohne Konfession stimmen einer ersatzlosen Streichung des Betreuungsgeldes zu.

n = 2.148



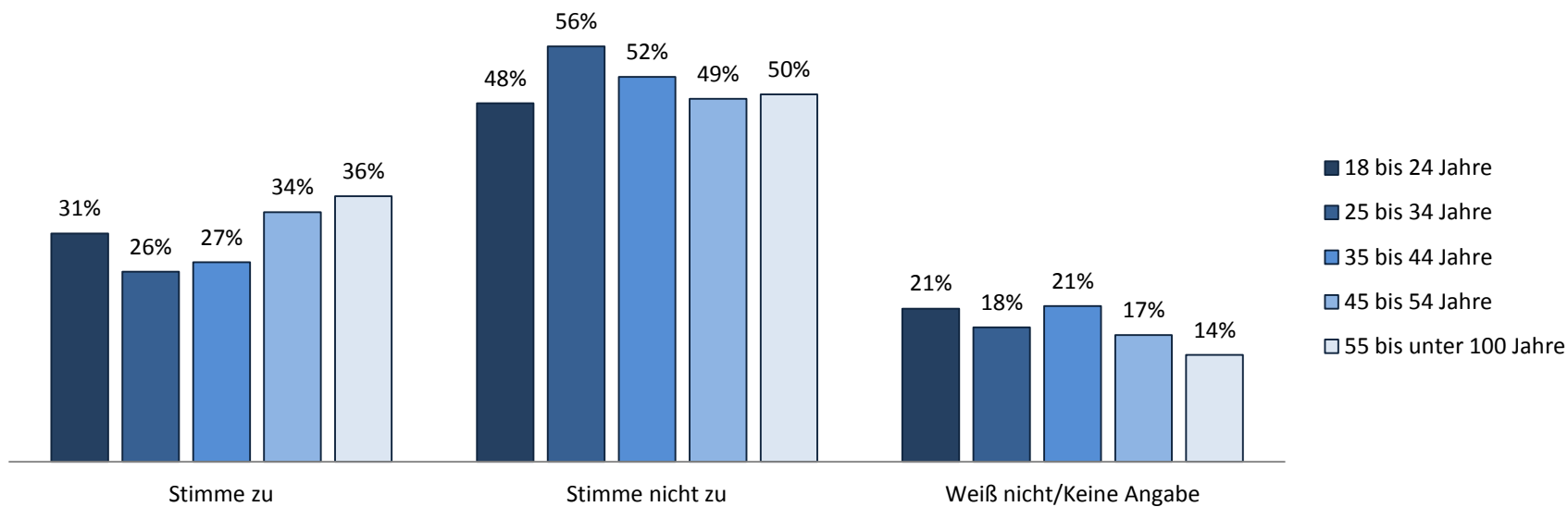
In den neuen Bundesländern stimmen mit 44 Prozent deutlich mehr einer ersatzlosen Streichung des Betreuungsgeldes zu als im übrigen Bundesgebiet (36 %)

n = 2.148



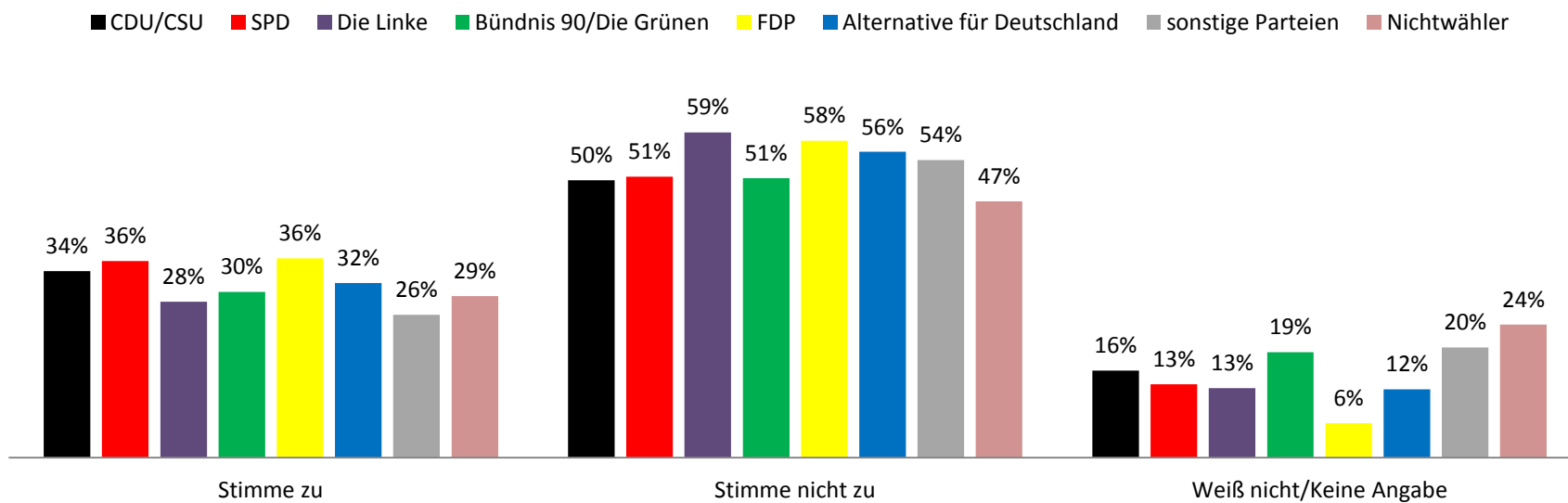
Jeder zweite Befragte ist der Ansicht, dass die Vergabe des Betreuungsgeldes keine Ländersache sei.

n = 2.148



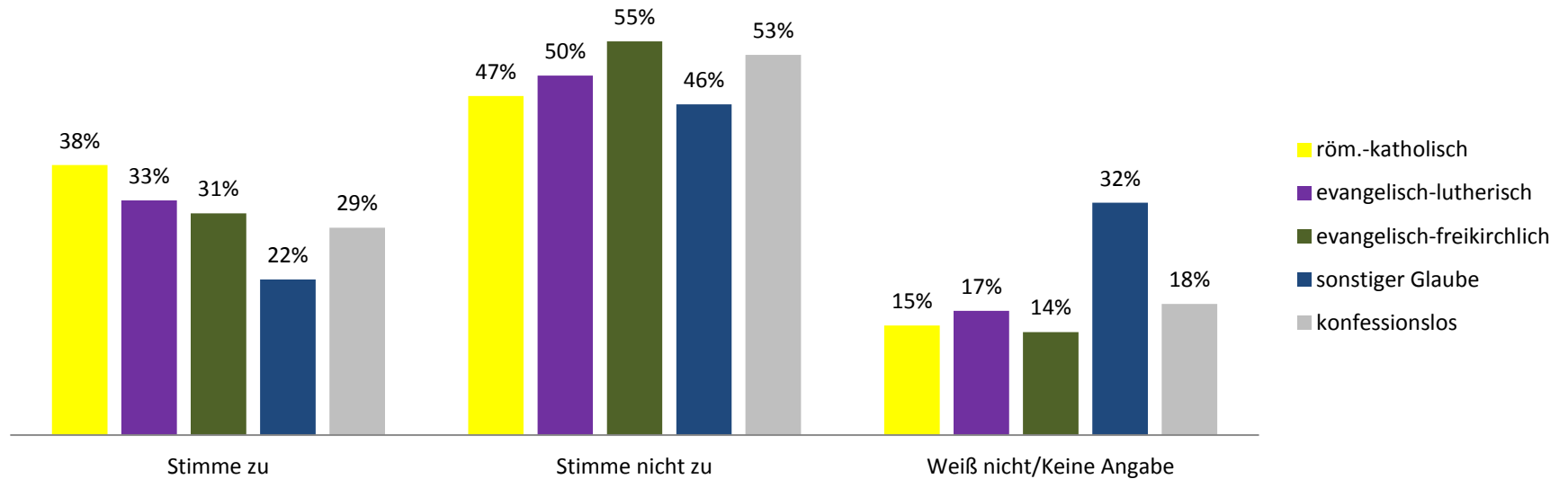
Vor allem die 25 bis 44-Jährigen lehnen es ab, die Vergabe des Betreuungsgeldes den einzelnen Bundesländern zu überlassen.

n = 2.148



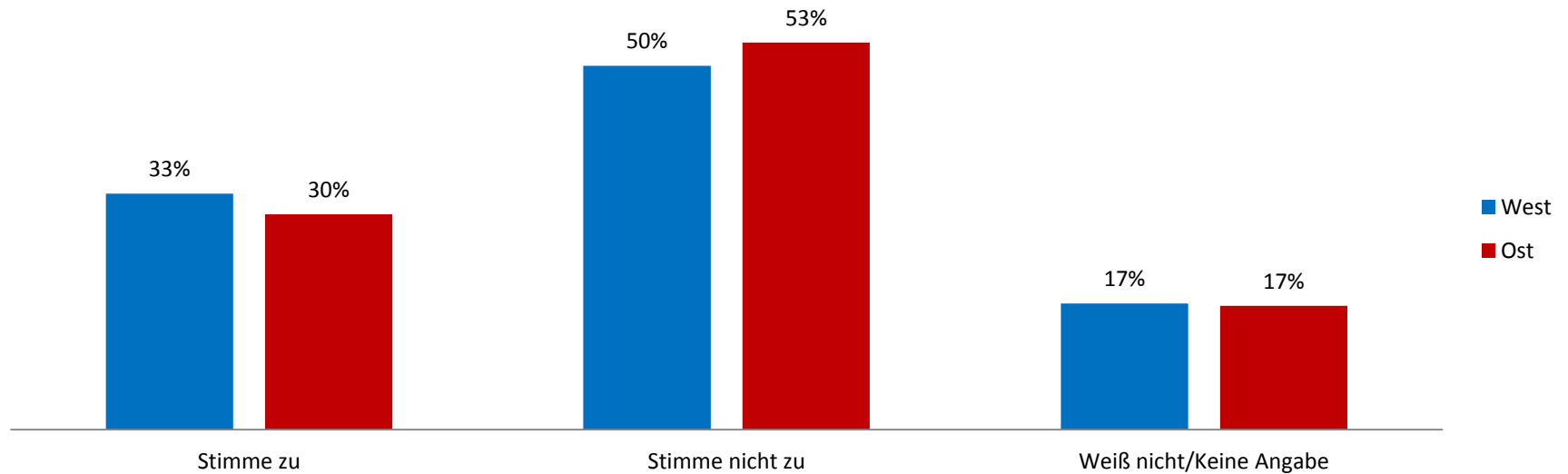
Besonders Wähler der Linken stimmen einer Vergabe des Betreuungsgeldes durch die einzelnen Bundesländer nicht zu (59 %).

n = 2.148



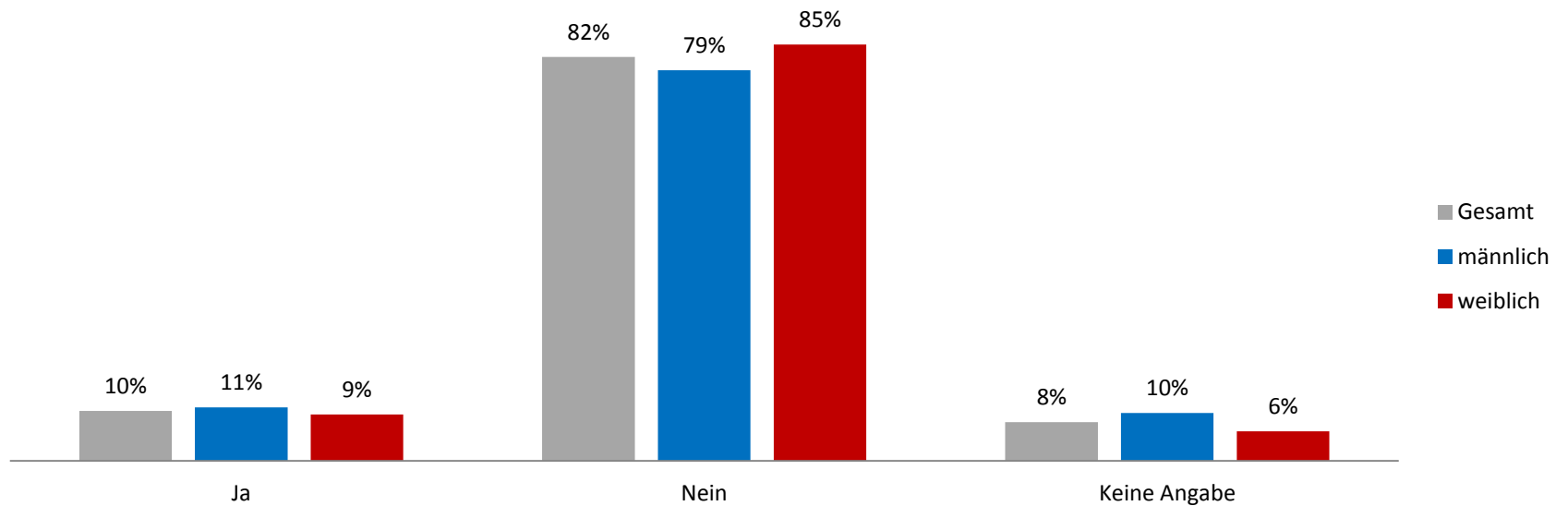
Die Mitglieder evangelischen Kirchen sprechen sich mehrheitlich gegen eine Vergabe des Betreuungsgeldes durch die einzelnen Bundesländer aus.

n = 2.148

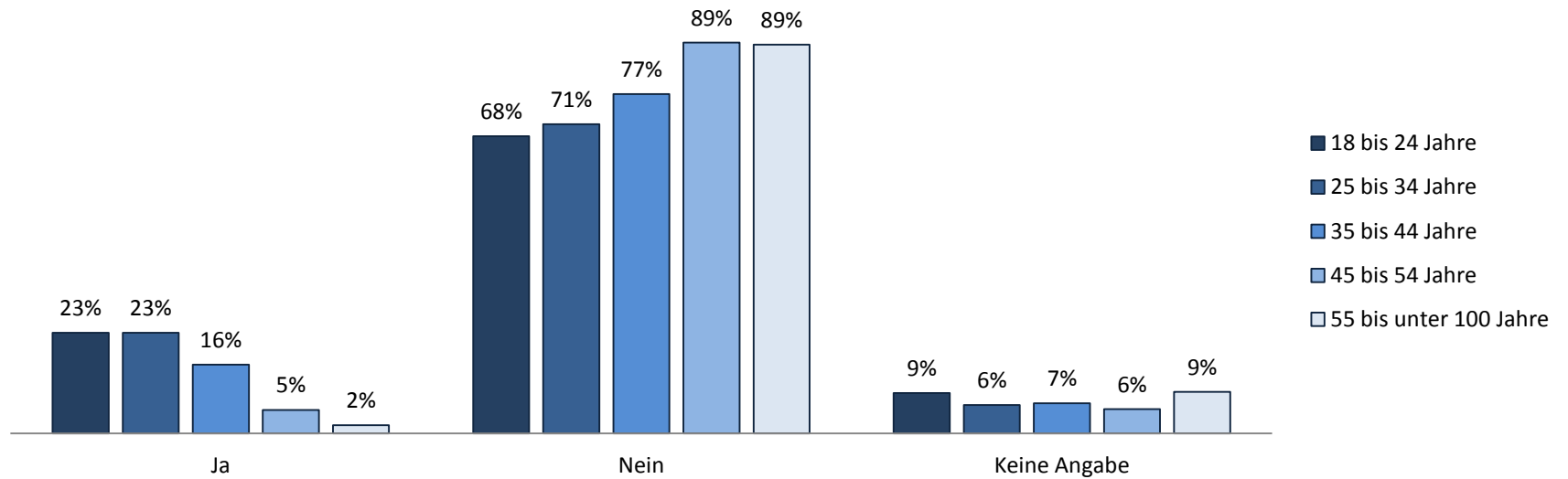


Die Mehrheit der Befragten in den alten und in den neuen Bundesländern ist der Ansicht, dass die Vergabe des Betreuungsgeldes keine Ländersache sei.

n = 2.148

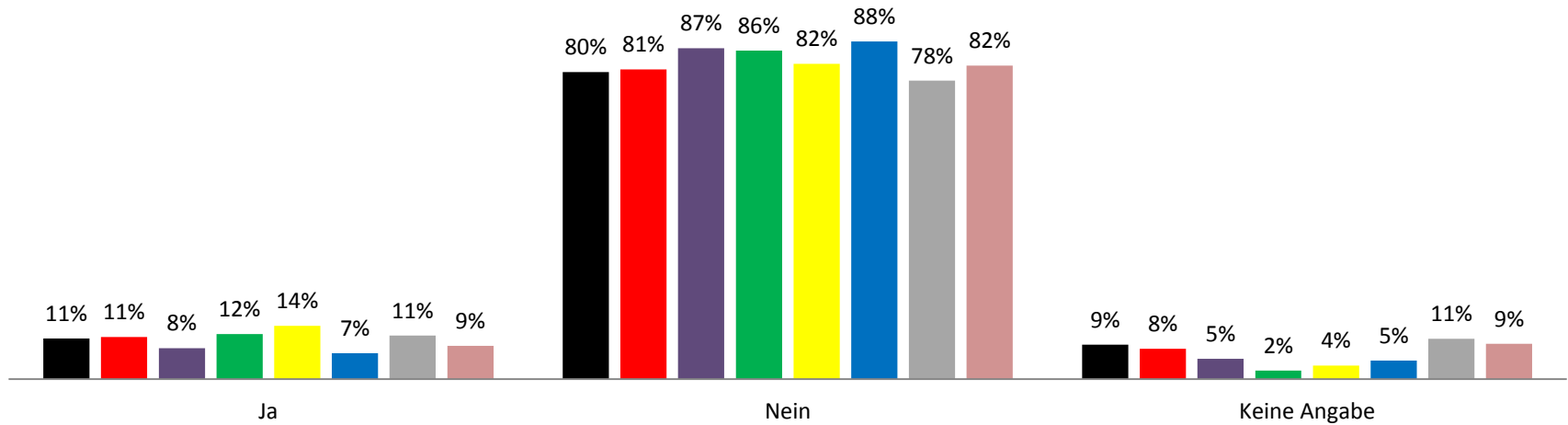


n = 2.148

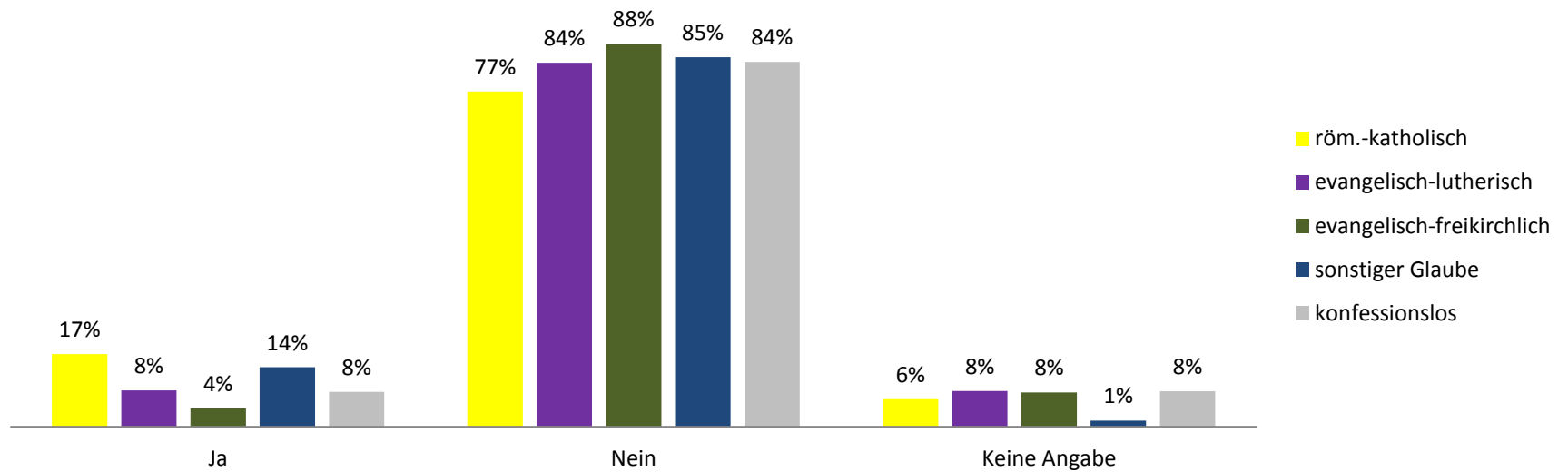


n = 2.148

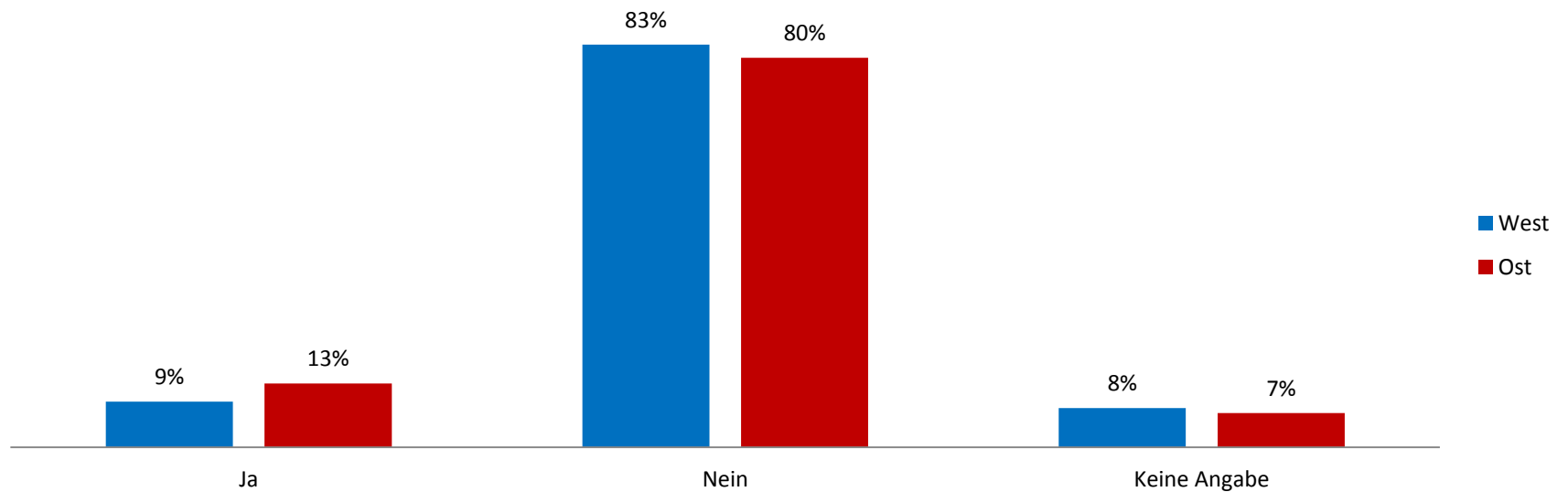
■ CDU/CSU
 ■ SPD
 ■ Die Linke
 ■ Bündnis 90/Die Grünen
 ■ FDP
 ■ Alternative für Deutschland
 ■ sonstige Parteien
 ■ Nichtwähler



n = 2.148



n = 2.148



n = 2.148

- Mittelwerte -

1 = unwichtig 5 = äußerst wichtig



Die Verbesserung der Qualität der Kitabetreuung steht bei den Befragten an erster Stelle der familienpolitischen Themen.

n = 2.148